



© IISD/Diego Noguera (enb.iisd.org/oceans/isa/2019-1/27feb.html)

DIE GEFAHREN DES TIEFSEEBERGBAUS

Der Pazifische Ozean ist Schauplatz eines neuen Wilden Westens

Hinter dem spekulativen Ansturm auf die mineralischen Rohstoffe am Meeresgrund stehen profitorientierte Unternehmen und ihre InvestorInnen. Die Entwicklung von Rechtsvorschriften für den Tiefseebergbau (Deep Sea Mining, DSM) erfolgt in aller Eile, ohne nennenswerte öffentliche Debatte und mit wenig Rücksicht auf das Vorsorgeprinzip. Vielmehr scheint es, als würden die Prozesse im Zusammenhang mit den Vorschriften für den Bergbau am Meeresboden von einigen wenigen Unternehmen, einem übereifrigen Vertreter der Vereinten Nationen (UN) und diversen Regierungen vorangetrieben. Warum ist das so und wessen Interessen werden dabei verfolgt?

Die **Internationale Meeresbodenbehörde** (International Seabed Authority, ISA) unter dem Dach der UN ist für die Verwaltung der marinen Rohstoffe auf der Hohen See jenseits der Hoheitsgewässer zuständig. Die Behörde hat den Auftrag, ihre Tätigkeit zum Wohl der gesamten Menschheit auszuüben. Sie hat bereits Vorschriften für die Erkundung in diesem Bereich erlassen und

29 Explorationslizenzen erteilt. Die Unternehmen im Tiefseebergbau drängen jedoch auf die endgültige Formulierung der Vorschriften für die Ausbeutung.

Wer sind die kommerziellen AkteurInnen?

Das erfolgreichste Unternehmen im Tiefseebergbau, zumindest gemessen an seinem Aktivismus und der öffentlichen Wahrnehmung, die es genießt, ist derzeit

DeepGreen Metals. Inc. Die Geschichte des Unternehmens ist eng mit der inzwischen bankrotten Nautilus Minerals Niugini Ltd. verknüpft. 1997 erteilte die Regierung von Papua-Neuguinea Nautilus die weltweit erste Explorationslizenz für polymetallische Unterwassersulfide für den Standort Solwara 1. In den Folgejahren fusionierte Nautilus nach und nach mit anderen Bergbau- und Erdölunternehmen, war an der kanadischen TSX Venture Exchange und der Londoner Börse notiert und verkaufte einige seiner Aktien z. B. an den Bergbau-Giganten Anglo American. Die ersten InvestorInnen von Nautilus haben bedeutende Gewinne erzielt. Unter ihnen Gerard Barron, dessen sechsjähriges Engagement bei Nautilus ihm bei einer Investition von 226.000 US-Dollar 31 Millionen US-Dollar einbrachte. Gerard Barron ist jetzt Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender von DeepGreen Metals, einem privaten Unternehmen mit Sitz in Kanada, das ursprünglich von Robert Heydon, dem ehemaligen Chef von Nautilus, gegründet wurde. Als Vorreiter haben Nautilus und DeepGreen bereits beträchtliche Gewinne erzielt, ohne dass ein tatsächlicher Abbau stattgefunden hat. Ihr Erfolg beruht auf Spekulation auf das Potenzial von DSM im Pazifischen Ozean.

Um Kapital zu beschaffen, müssen die neuen Unternehmen im marinen Bergbau InvestorInnen davon überzeugen, dass sie über eine offizielle Genehmigung und die nötige gesellschaftliche Anerkennung verfügen sowie finanzielle Renditen bieten können. Die Gewährleistung von Rechtssicherheit für potenzielle InvestorInnen hat sich als eine der wichtigsten Triebkräfte für die Entwicklung rechtlicher Regelungen für den marinen Bergbau erwiesen, und erklärt die Entschlossenheit von DeepGreen, diese Rechtsvorschriften durchzusetzen.

Die ISA: Kompromittiert durch Unternehmensinteressen

Die Interessen von DeepGreen in den internationalen Verhandlungen sind klar und wenig überraschend. Ihre finanziellen Perspektiven hängen von der Fertigstellung des ISA-Mining Code und des regionalen Vertrags über den Bergbau am Meeresgrund für den Pazifik ab. Die Parteinahme der ISA für die Industrie wirft jedoch die Frage auf, ob sie tatsächlich geeignet ist, ihrem Auftrag gerecht zu werden und die Interessen ihrer Mitgliedstaaten oder gar der gesamten Menschheit zu vertreten.

Der Generalsekretär dieser UN-Behörde, Michael Lodge, ist vom kommerziellen Potenzial des marinen Bergbaus so begeistert, dass er sich in seiner offiziellen Position aktiv für das Marketing eines der Bergbau-Unternehmen einsetzt. Er ist nicht nur in DeepGreen-Werbevideos aufgetreten, sondern hat auch die Interessen des Unternehmens bei Treffen von politischen EntscheidungsträgerInnen der Pazifikinseln und durch Vorträge an der University of the South Pacific vertreten.

Die von der ISA an Unternehmen vergebenen Explorationslizenzen sind vertraulich, ebenso wie die

Jahresberichte über Explorationsaktivitäten, die Unternehmen der ISA vorlegen müssen. Dieser Mangel an Transparenz und unabhängiger zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kontrolle lässt die Befürchtung aufkommen, dass der ISA-Mining Code die Unternehmensinteressen stärker berücksichtigen wird als den Schutz der Meeresumwelt und die weitergehenden sozioökonomischen Interessen im Zusammenhang mit den vielen anderen Nutzungen der Weltmeere.

Die Mitwirkung der Zivilgesellschaft ist auf den Beobachterstatus bei Sitzungen der Versammlung und des Rats der ISA sowie bei ausgewählten technischen Workshops beschränkt. Obwohl die VertreterInnen sich als passive ZuschauerInnen an die Mitgliedstaaten wenden können und dies auch tun, sitzen diverse DSM-Unternehmen als Mitglieder in Regierungsdelegationen. Der Chef von DeepGreen, Gerard Barron, nahm bei der ISA-Versammlung im Februar 2019 Naurus Sitz ein und konnte so die Interessen seines Unternehmens vertreten und die ISA-Versammlung dazu drängen, den Mining Code rasch fertigzustellen.

Der Fall Nauru

Die Regierung von Nauru ist zur Vorkämpferin des marinen Bergbaus im Pazifik geworden. Nauru ist ein kleiner Inselstaat mit etwa 13.000 Einwohnern. Naurus koloniale Geschichte des Landbergbaus gilt als eine der schlimmsten Umweltkatastrophen der Welt. Während der Kolonialzeit, als Nauru von Australien verwaltet wurde, wurde die Insel wegen ihrer Phosphatvorkommen rücksichtslos ausgebeutet. Der Abbau von Phosphat (u. a. in Australien als Düngemittel verwendet) hat dazu geführt, dass 80 Prozent des Landes unfruchtbar, unbewohnbar und so verseucht sind, dass Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht. Beunruhigend ist auch die Geschichte der angeblichen Bestechung von MinisterInnen der Regierung in Nauru. In den Jahren 2009 und 2010 zahlte ein internationaler Phosphathändler angeblich 600.000 US-Dollar an Bestechungs- und Schmiergeldern an PolitikerInnen in Nauru, darunter den derzeitigen Präsidenten Baron Waqa, um sich den Zugang zu billigen Phosphatvorräten zu sichern.

Australiens koloniale Ausbeutung und Naurus postkoloniale Weichenstellungen haben das Land zu einem der ärmsten Inselstaaten im Pazifik gemacht. Daher ist Nauru empfänglich für die Avancen von DeepGreen. Es ist kein Zufall, dass DeepGreen eine enge Beziehung zu PolitikerInnen in Nauru pflegt, einschließlich Präsident Baron Waqa.

Aber nicht nur DeepGreen unterstützt Naurus Entwicklung des Tiefseebergbaus. Naurus Präsident Waqa, ISA-Generalsekretär Michael Lodge und DeepGreen haben ausgenutzt, dass Nauru 2019 den Vorsitz des Pacific Island Forums übernommen hat, um den marinen Bergbau als wirtschaftliches Allheilmittel der Region zu propagieren. Auf dem Treffen der Regierungschefs des Forums warb Präsident Waqa im Jahr 2018 für DSM als „eine Industrie für den Pazifik“

und sagte, er „hoffe, dass alle mitmachen würden“. Michael Lodge bekräftigte nachdrücklich seine Unterstützung.

Auch andere Staaten in der ISA scheinen industrielle Interessen zu verfolgen. So ist Deutschland beispielsweise ganz offen bestrebt, dass seine Wirtschaft von einer potenziellen DSM-Industrie profitiert, und unterstützt eine Reihe von Forschungsinitiativen, die dies ermöglichen sollen. Deutschland finanziert zwei Explorationslizenzen, die die ISA der deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) erteilt hat. Eine davon befindet sich im Pazifik (Clarion Clipperton Fracture Zone, CCZ), die andere mitten im Indischen Ozean. Auch das belgische DSM-Unternehmen Global Sea Mineral Resources (GSR), eine Tochtergesellschaft der DEME-Gruppe, ist Mitglied der belgischen Delegation bei der ISA und sprach bei der Versammlung im Namen der belgischen Regierung. Deutschland und GSR planen, gemeinsam die Auswirkungen der DSM-Bergbaumaschinen im Jahr 2020 in der CCZ zu erforschen.

Schließlich hoffen die Länder der Europäischen Union (EU), wie in ihrer Rohstoffstrategie und im EU-Pazifik-Protokoll von 2019 dargelegt, auf den Zugang zu Mineralien aus dem Pazifik. Seit 2011 hat die EU den DSM-Boom im Pazifik durch die Finanzierung der Ausarbeitung des Regionalen Legislativen und Regulatorischen Rahmens zur Erforschung und Ausbeutung von Tiefsee-Mineralien (Regional Legislative and Regulatory Framework for Deep Sea Minerals Exploration and Exploitation, RLRFF) gefördert. Der RLRFF wurde ohne ernsthafte Debatte und ohne die informierte Zustimmung der BürgerInnen der Pazifik-Inseln und wohl auch ihrer Regierungen entwickelt. Trotzdem stellte die EU anschließend weitere Mittel zur Verfügung, um einen regionalen Vertrag über den Bergbau am Meeresgrund für den Pazifik auszuarbeiten, und sie hofft, dass dieser von den pazifischen Inselstaaten unterstützt wird.

Spielen die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern keine Rolle?

Als Reaktion auf die Bedenken der pazifischen Zivilgesellschaft im Hinblick auf DSM forderte der Premierminister Fidschis 2019 andere führende PolitikerInnen der Pazifik-Inseln auf, ein Moratorium für DSM in ihren nationalen Gewässern zu verkünden. Dieser Aufruf wurde von den Regierungen von Vanuatu und Papua-Neuguinea unterstützt und im Februar 2020 von einer mächtigen Gruppe fidschianischer Chiefs bekräftigt. In Papua-Neuguinea führt die Allianz der Solwara-Krieger, die über zwanzig Gemeinschaften in fünf Provinzen vertritt, den Widerstand gegen das DSM-Projekt Solwara 1 an. Da sich die potenziellen GeldgeberInnen der Risiken von DSM und der lokalen Opposition gegen Solwara 1 zunehmend bewusst werden, ist Nautilus nun bankrott.

Auch außerhalb des pazifischen Raums nehmen die Bedenken der Regierungen und der Zivilgesellschaft gegenüber DSM zu. Das Europäische Parla-

ment nahm im Januar 2018 eine Entschließung an, in der ein internationales Moratorium für kommerzielle DSM-Ausbeutungslizenzen gefordert wird. Der für Umweltverträglichkeitsprüfungen zuständige Ausschuss des britischen Unterhauses gab eine ähnliche Erklärung ab. Und schließlich haben zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit, darunter die Deep Sea Conservation Coalition mit ihren 80 Mitgliedern und mehr als 100 europäische Nichtregierungsorganisationen, ein Moratorium oder ein Verbot des Tiefseebergbaus gefordert.¹



Dr. Helen Rosenbaum

Die Autorin ist Koordinatorin der Deep Sea Mining Campaign.

¹ <http://www.savethehighseas.org/resources/publications/dsc-position-statement-on-deep-seabed-mining/>.

Die Deep Sea Mining Campaign ist ein weltweiter Zusammenschluss von Einzelpersonen und Organisationen, die über die potenziellen Auswirkungen von DSM besorgt sind. Wir arbeiten solidarisch mit Basisorganisationen zusammen und betreiben wissenschaftsbasierte Lobbyarbeit. Alle unsere Berichte können unter www.deepseaminingoutofourdepth.org heruntergeladen werden.

Der obige Beitrag stützt sich besonders auf den Bericht: *Why the Rush* (<http://www.deepseaminingoutofourdepth.org/why-the-rush-for-seabed-mining/>). In Kürze erscheint außerdem ein neuer Bericht, der die Auswirkungen des Abbaus von polymetallischen Tiefseeknollen im Pazifik analysiert.

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



VERMARKTETE MEERE

WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

FOLLOW THE PLASTIC MONEY!

Wer profitiert von der
Verschmutzung der Meere?
› Seite 2

ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI

Warum schaffen wir es nicht,
die Überfischung zu beenden?
› Seite 12

EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?

Die Interessen hinter dem
Geoengineering im Meer
› Seite 23

SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!

Das Meer als Arbeitsplatz
› Seite 26

ISSN 1864-0982